Stellungnahme

zur Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrates der Großregion vom 5. Dezember 2008

„Gemeinsame Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit in der Großregion“

Seit ihrer Einsetzung 1984 fördert die Gemeinschaftsregierung Organisationen und Einzelpersonen, die aktive und engagierte Erinnerungsarbeit betreiben. Der Blick richtet sich hierbei insbesondere auf die Ereignisse und Auswirkungen der beiden Weltkriege aber auch der Zwischen– und Nachkriegszeit in der Region. Erinnerungsarbeit bedeutet in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht nur die Auseinandersetzung mit Geschichte, sondern ebenfalls das Schaffen von Bezügen zur Gegenwart um die Bedeutung von allgemeingültigen Werten wie Frieden, Demokratie und Menschenrechten herauszustellen.

Als Zankapfel der Geschichte, zwischen germanischem und romanischen Raum gelegen, schließt die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft betriebene Erinnerungsarbeit seit vielen Jahren oft auch das gemeinsame Handeln mit Partnern in angrenzenden Regionen z.B. in den Niederlanden, mit Nordrhein-Westfalen, aber auch in Flandern, Wallonien und teilweise Luxemburg mit ein. Eine Ausdehnung und Vernetzung dieser Arbeit in die gesamte Großregion wird von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausdrücklich begrüßt. Sie unterstützt hierzu nützliche Netzwerkbildungen, wie sie z.B. von der von der Landeszentrale für Politische Bildung Rheinland-Pfalz im November 2008 in der Gedenkstätte Osthofen durchgeführten Veranstaltung „Europäische Perspektiven der Gedenkstättenpädagogik zur NS-Zeit in Frankreich, Belgien und Deutschland“ ausgehen.

Die Entwicklung und Realisierung einer gemeinsamen „ Route der Erinnerung“ in der Großregion findet die vollständige Unterstützung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Das elsässische Projekt des „Chemin de la Mémoire et des Droits de l’Homme‘ wird auf der Tagung „Stille Retter – Menschen retten Menschen während der NS-Zeit und der Besatzung“ im April 2009 in Eupen ausführlich vorgestellt.

GrenzGeschichteDG, Zentrum für Erinnerungsarbeit und Holocaust Education an der Autonomen Hochschule der Deutschsprachigen Gemeinschaft, hat schon vor vielen Jahren unter der Leitung von Dr. Herbert Ruland Tourenkonzepte entwickelt, die an Orte der Erinnerung zum Thema „Nazis, Flucht, Besetzung und Krieg“ führen. Die erarbeiteten Routengebiete erstrecken sich dabei vom nördlichen Grenzland des Bundeslandes Rheinland-Pfalz über den Luxemburger Ösling, das gesamte Gebiet der Deutchsprachigen Gemeinschaft, die belgischen Ardennen, bis hin zum deutsch-belgisch-niederländische Dreiländereck bei Aachen/Vaals/Moresnet.

Im Rahmen des EU-Projektes „Demokratie stärken – aus der Geschichte lernen“ hat GrenzGeschichteDG ein GPS gestütztes Projekt konzipiert, das zu Erinnerungsorten in der Deutchsprachigen Gemeinschaft und den Ardennen führt und in deutscher und französischer Sprache unter [www.grenzgeschichte.eu](http://www.grenzgeschichte.eu) abrufbar ist. Im Rahmen des „lebenslangen Lernens“ werden diese Angebote sowohl von Schulen als auch von Erwachsenenbildungsorganisationen von nah und fern stark genutzt. Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft empfiehlt die hier entwickelten Arbeitsergebnisse in eine gemeinsame „Route der Erinnerung“ in der Großregion einfließen zu lassen. Ebenfalls ist zu betonen,, das auch schon mehrfach nicht zuletzt von der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterstützte grenzüberschreitende Fortbildungen für LehrerInnen aus der Euregio Maas-Rhein zu diesen Themen stattfanden und auch für den Unterricht nutzbare diesbezügliche Materialen erstellt wurden.

Ein zentraler Ort des Gedenkens und der Erinnerung existiert in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht. Von allen hiesigen Sekundarschulen besuchen Schüler sowohl das Jüdische Museum der Deportation und des Widerstandes in Mechelen, wie auch die Nationale Gedenkstätte Fort Breendonk. Über GrenzGeschichteDG ist auch die Deutschsprachige Gemeinschaft an einem vom flämischen Unterrichtsminister geförderten Projekt zur Erinnerungsarbeit beteiligt, das u.A. einen für Schülerinnen und Schüler attraktiven und aufeinander abgestimmten Besuch der beiden obigen Einrichtungen ermöglichen soll.

Stellungnahme

zur Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrates der Großregion vom 5. Dezember 2008

„ Standortsuche für ein weiteres Endlager für radioaktive Stoffe und Abfälle in Lothringen“

Angesichts der Tatsache, dass die Standortsuche für ein weiteres Endlager für radioaktive Stoffe und Abfälle in Lothringen die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht unmittelbar betrifft, wird die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft inhaltlich keine Stellungnahme zu dem Thema abgeben. Sie unterstützt jedoch alle Bemühungen der betroffenen Partner zur Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung der Großregion.

Stellungnahme

zur Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrates der Großregion vom 5. Dezember 2008

"**Verkehrsinfrastruktur in der Großregion"**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft befürwortet prinzipiell jede Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in der Großregion. Von der Hochgeschwindigkeitsbahnverbindung Paris-Ostfrankreich-Südwest-Deutschland ist die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht unmittelbar betroffen. Die Regierung unterstützt jedoch prinzipiell die Bemühungen der Partnerregionen zur Verbesserung der Verkehrsanbindungen.

Stellungnahme

Zur Mitteilung der Kommission „Soziale Fragen“

"Netzwerk und Projekte der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle"

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bedankt sich für die Mitteilung der Kommission „Soziale Fragen“ zum Netzwerk und zu den Projekten der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA). Sie begrüßt die Initiative der Kommission „Soziale Fragen“, den IPR über die grenzüberschreitende Beschäftigung und - im Rahmen der vorliegenden Mitteilung - über die Aktivitäten der IBA zu informieren.

Auch die Deutschsprachige Gemeinschaft ist im Netzwerk der Fachinstitute und im Lenkungsausschuss der IBA vertreten. Sie erkennt daher einerseits den Nutzen interregionaler Arbeitsmarktbeobachtung an, und kann andererseits nachvollziehen, dass sich insbesondere die Datensammlung- und Harmonisierung auf interregionaler Ebene weiterhin schwierig gestaltet. Aus diesem Grund unterstützt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft alle Bemühungen zur Behebung möglicher Schwachstellen.